

Resolution 6: Feministische Kommission des SGB

Für eine Stärkung von feministischen Allianzen und der internationalen Solidarität!

Auch 30 Jahre nach Verabschiedung der Beijing Declaration and Plattform for Action leiden Frauen und Mädchen am stärksten unter den Folgen von Konflikten, gewalttätigem Extremismus, Ernährungsunsicherheit und mangelnder Gesundheitsversorgung. Doch anstelle eines vereinten Efforts zur Verbesserung der Lage, erleben Frauen weltweit ein zunehmendes Desinteresse an ihrer Situation und sogar Widerstand.

Wir verurteilen die zunehmend antifeministische Politik in Ländern des globalen Nordens!

Wir sind zutiefst besorgt über die immer stärker werdende, koordiniert agierende antifeministische Internationale. Im Namen von «traditionellen Werten» und «nationalen Interessen» streben autoritäre Regime und antidemokratische Bewegungen nach der Kontrolle über die Körper von Frauen und Mädchen. In Ländern wie den USA, Russland, Polen, Italien und Ungarn wird das Recht auf Abtreibung ausgehöhlt, der Zugang zu Verhütungsmitteln eingeschränkt und Abtreibungen gar kriminalisiert.

Gleichzeitig bekämpft die antifeministische Internationale die legitimen Forderungen von LGBTQI+-Personen nach sozialer und rechtlicher Teilhabe. Russland kriminalisiert die LGBTQI+-Bewegung, Brasilien schaffte kurzerhand die Antidiskriminierungsbehörde ab. Dramatisch sind auch die US-amerikanischen Angriffe auf trans Personen. Unter Donald Trump werden rechtliche Anerkennung, medizinische Versorgung und Schutz sukzessive abgebaut und Diversitätsprogramme gestrichen.

In der Schweiz ist die SVP schon seit langem Teil der antifeministischen Internationalen. Neben der regelmässigen Forderung nach der Abschaffung der kantonalen Fachstellen für Gleichstellung und der Angriffe auf Sexualkunde und Gender Studies, sehen wir heute einen neuen Fokus auf die genderinklusive Sprache. Auch im Parlament ist der Backlash angekommen, in Form von Angriffen auf den Mutterschutzurlaub und die lebenslangen Witwenrenten sowie die Verweigerung dringend notwendiger Investitionen in die externe Kinderbetreuung und die Bekämpfung patriarchaler Gewalt.

Wir verurteilen die Verletzung der Rechte von Frauen und Mädchen im Namen der Religion und des antiwestlichen Kulturkampfes!

Nicht nur in Ländern des globalen Nordens, sondern auf allen Kontinent ist das Recht von Frauen und Mädchen auf körperliche Selbstbestimmung nach wie vor eingeschränkt – oftmals unter dem Vorwand der Religion, der Kultur und dem Kampf gegen den westlichen Imperialismus. Wir verurteilen dies aufs Schärfste!

In Afghanistan werden die Menschenrechte von Frauen und Mädchen seit der erneuten Machtübernahme durch die Taliban mit Füßen getreten. Frauen dürfen ohne männliche Begleitung nicht reisen, kein eigenes Vermögen besitzen und können jederzeit und mit jedem von ihrer Familie auserwählten Mann verheiratet werden. Der Zugang zu Schulbildung und zu zahlreichen Berufen ist radikal eingeschränkt und ihre Stimme und Körper werden auf gravierendste Weise sexualisiert und objektiviert. Dadurch werden afghanische Frauen und Mädchen sozial, politisch, wirtschaftlich und rechtlich vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen und somit ihrer Würde beraubt.

Im Iran sind Frauen besonders hart von der anhaltenden Wirtschaftskrise und den Repressionen des islamistischen Regimes unterworfen. Wir solidarisieren uns mit den Frauen, die trotz der steti- gen Gefahr von willkürlichen Verhaftungen, Körperstrafen und sogar Todesurteilen, unermüdlich gegen die systematische Diskriminierung und Kontrolle von Frauen protestieren.

Wir verurteilen die Gewalt an Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten und die schwindende internationale Solidarität!

Wir sind schockiert über den Völkermord in Gaza! Unter den zehntausenden Toten durch direkte Kriegshandlungen sind mehrheitlich Frauen, Kinder und Menschen über 65 Jahren. Dazu kommt die systematische Zerstörung von ganzen Stadtteilen, Gesundheitseinrichtungen und fast 90% der landwirtschaftlichen Fläche, die Verweigerung von Hilfslieferungen, die das Leben der Menschen in Gaza – unabhängig von Geschlecht, Alter und politischer Gesinnung – langfristig verunmöglicht.

Wir verurteilen die Gefangennahme und Entführung von Zivilpersonen durch Konfliktparteien, un- abhängig davon ob es sich um staatliche Armeen, parastaatliche Organisationen oder bewaffnete Gruppierungen handelt. Wir sind schockiert über die Tolerierung, Verherrlichung und den geziel- ten Einsatz von Vergewaltigungen durch Kriegsparteien und Terrororganisationen, wie sie in Äthi- opien, im Sudan, in der Zentralafrikanischen Republik, in der Ukraine, für den IS, Boko Haram und den Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 dokumentiert sind.

Wir sind zutiefst besorgt über die durch langanhaltende Konflikte ausgelösten humanitären Krisen und Vertreibungen. In Jemen und im Sudan sind insgesamt über 50 Mio. Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Der Sudan verzeichnet zusätzlich über 14 Millionen Menschen, die innerhalb der Staatsgrenzen oder in Nachbarländer geflohen sind. Frauen und Mädchen leiden am stärksten unter diesen Krisen. Von Frauen geführte Haushalte sind am stärksten von Ernährungsknappheit und Hunger betroffen. Zahlen aus Jemen, Sudan und der Zentralafrikanischen Republik zeigen zudem eine dramatische Zunahme von Zwangs- und Kinderheiraten. Doch anstatt ihren Effort für die Verbesserung der Lage in Konfliktgebieten zu verstärken, streichen Länder im globalen Norden ihre Entwicklungsprogramme und kürzen ihre Budgets.

Wir verurteilen das weltweite Geschäft des Frauen- und Mädchenhandels!

Wir sind schockiert. Noch immer werden mit Menschenhandel und Zwangsarbeit Profite in Milliar- denhöhe gemacht! In der Tat nimmt der weltweite Frauen- und Mädchenhandel trotz des Wissens und des gesellschaftlichen Engagements zu. Laut neusten Schätzungen der ILO waren weltweit im Jahr 2021 rund 11 Mio. Mädchen und Frauen Opfer von Menschenhandel und Zwangsarbeit, 5 Mio. von ihnen in Zwangsprostitution.

Frauen- und Mädchenhandel kommt überall vor. In der Schweiz gibt die Plattform gegen Men- schenhandel für das Jahr 2024 insgesamt 201 neu identifizierte Opfer von Menschenhandel an. Sie kommen von allen Kontinenten, hauptsächlich aber aus Osteuropa und zunehmend aus Nige- ria und Kolumbien. Die Mehrheit von ihnen sind FINTA-Personen (73%), die mehrheitlich sexuell ausgebeutet werden. Es ist aber davon auszugehen, dass das Dunkelfeld um ein Vielfaches grö- ser ist und die bekannten Fälle nur die Spitze des Eisbergs darstellen.

Diese Zahlen machen deutlich: Die existierenden Abkommen und Massnahmen zur Prävention von Menschenhandel, zur Bestrafung der Täter:innen und zum Schutz der Opfer reichen nicht! Wir fordern von den Behörden verstärkte Anstrengungen, um die betroffenen Personen aufzuspüren, zu identifizieren, zu schützen und zu entschädigen. Insbesondere hat bis heute kein:e einzige:r Arbeitnehmer:in, die von den Gerichten als Opfer von Menschenhandel anerkannt wurde, tatsäch- lich eine Entschädigung für entgangene Löhne erhalten. Dies ist skandalös, widerspricht den inter- nationalen Verpflichtungen der Schweiz, hält Menschen davon ab, sich an Straf- und Zivilverfahren zu beteiligen, und birgt die Gefahr, dass sie erneut Opfer von Menschenhandel werden.

Wir fordern eine Stärkung von feministischen Allianzen, der internationalen Solidarität und der Demokratie!

Um diese Entwicklungen zu stoppen und die Menschenrechte von Frauen und Mädchen endlich durchzusetzen, rufen wir den SGB und seine Verbände auf, feministische Allianzen international und innerhalb der Schweiz mitzutragen und zu stärken. Solidarität ist auch heute noch ein Grundpfeiler der Gewerkschaftsbewegung, der gelebt werden muss. Denn nur gemeinsam können wir der antifeministischen Internationalen Einhalt bieten!

Wir fordern den SGB und seine Verbände auf, ihre demokratischen Strukturen zu stärken und patriarchale und diskriminierende Mechanismen in ihrem Inneren zu bekämpfen. Die Gewerkschaftsbewegung war in ihrer Geschichte immer wieder ein wichtiges Gegengewicht gegenüber antidemokratischen Bewegungen und autoritären Regimen. In der heutigen Zeit ist es umso wichtiger, die Demokratie innerhalb der Gewerkschaften zu pflegen und mit partizipativen und offenen Organisationsformen weiterzuentwickeln!